

halten (erwartete Kosten des Gesamtprogramms: über 100 Milliarden Dollar).

Mit weiteren Enthüllungen ist zu rechnen, da sich 30 Verdächtige, darunter der stellvertretende Unterstaatssekretär James Gaines, vergangene Woche bereit erklärten, mit den Untersuchungsbehörden zusammenzuarbeiten.

Pentagon-Beschaffern wird mulmig zumute, wenn sie daran denken, daß Konkurrenten angesichts der vermuteten Korruption auf eine Neueröffnung der Ausschreibungen klagen könnten.

Wieder einmal muß sich jetzt das Pentagon fragen lassen, ob sein System der Waffenbeschaffung nicht den Mißbrauch geradezu herausforderte. Weinberger-Nachfolger

Carlucci wiegelt zwar ab: „Dies ist eine Ermittlung gegen einzelne, nicht gegen das System.“ Trotz seiner Bestürzung fand es Reagan aber „verständlich, daß solche Dinge passieren können in einem Bereich, der so gewaltig ist wie unsere Regierung“.

In der Tat. An jedem Arbeitstag schließen 165 000 zivile und militärische Angestellte des Pentagon etwa 56 000 Einzelverträge über Rüstungsentwicklung, Beschaffung und logistische Versorgung ab. Rund 170 Milliarden Dollar sind jährlich für diese Vorhaben vorgesehen. Auch oppositionelle Demokraten geben zu, daß angesichts dieser Größenordnungen Korruptionsfälle „wenig überraschend“ sind.

Dennoch ist der Skandal kein Zufall. So hat sich der vor kurzem aus privaten Gründen zurückgetretene Weinberger während seiner siebenjährigen Amtszeit vor allem darum gekümmert, gigantische Budgetforderungen im Kongreß durchzusetzen. Die Verteilung der schwer erkämpften Milliarden überließ er weitgehend seinen Mitarbeitern. „Dies ist Caps Irangate“, bestätigte einer seiner Stellvertreter der „Washington Post“.

Diese Nachlässigkeit konnte sich vor allem deshalb so verheerend auswirken, weil die Minister- und Staatssekretärsposten im Pentagon auf Druck des Weißen Hauses mit Ideologen und nicht mit Managern besetzt wurden. So konnten sich Aktivisten wie Lehman weitgehend unbeaufsichtigt austoben.

Ins Zwielicht ist aber auch jene Washingtoner Institution geraten, ohne deren Hilfe kaum noch Rüstungsaufträ-

ge vergeben werden können: Hochspezialisierte Berater, die ihr Wissen häufig genug in Regierungsdiensten erworben haben, helfen der Industrie bei der Bewerbung um Staatsaufträge. Daß sich die Konzerne mit Vorliebe der Dienste von ehemaligen Generalen und Admiralen versichern, hat der Branche den Spitznamen „Rent a General“ eingetragen.

Sowohl das Pentagon als auch die Rüstungsindustrie mögen auf diese Vermittler nicht mehr verzichten. Die einen treffen auf alte Bekannte – und möglicherweise künftige Arbeitgeber –, die anderen schätzen sie als Informanten, die sich im Bürokratenschwung des Pentagon auskennen und Informationen lie-



Demonstranten in Tallinn am 17. Juni: Für Gorbatschow und Unabhängigkeit

fern können, die auf offiziellem Weg nicht erhältlich sind.

Nun muß eine Jury über die Anklageerhebung im Rüstungsskandal befinden. Sie hat schon rund 250 Zeugen vorladungen ausgeschickt. „Zwei Dutzend Regierungsangestellte, etwa ebenso viele Berater und erheblich mehr Rüstungslieferanten“ könnten am Ende vor Gericht stehen, glaubt einer der Ermittler.

Es ist vor allem der Zeitplan, der die Republikaner in Bedrängnis bringt. Anklagen gegen eine noch nicht absehbare Zahl gegenwärtiger und ehemaliger Pentagon-Mitarbeiter unmittelbar vor der Wahl lassen dann jenen „Schmutzfaktor“ wiederaufleben, mit dem die Reagan-Regierung den Demokraten ohnehin schon reichlich Wahlkampfmunition geliefert hat.

Der „Schlechte Wind“ aus dem Pentagon wird George Bush voll ins Gesicht blasen.

SOWJET-UNION

Ruf nach Wunder

Uno-Mitgliedschaft für Lettland, Wirtschaftsautonomie für Estland – die Balten fordern Unabhängigkeit von Moskau.

Nur das eine ist sicher“, meditierte Neimann Marx-Freund Friedrich Engels: „Das siegreiche Proletariat kann keinem fremden Volk irgendwelche Beglückung aufzwingen, ohne damit seinen eigenen Sieg zu untergraben.“

Nach seinem Pakt mit Hitler zwang Stalin drei kleinen Völkern an der Ostsee

sein System auf: den Esten, Letten und Litauern (mit zusammen heute acht Millionen Sowjetbürgern). Nach fast einem halben Jahrhundert Zwangsmemberschaft in der UdSSR erlaubt jetzt Glasnost den Beglückten, sich zu empören – und damit womöglich den Sieg der Kommunisten im ganzen Vielvölkerstaat UdSSR zu untergraben.

Seit Monaten fordern Demonstranten in den drei baltischen Sowjetrepubliken die Veröffentlichung jenes geheimen Ribbentrop/Molotow-Protokolls von 1939, dessen Existenz die Partei bislang schlicht leugnete – eine „sozialistische Revolution“ habe 1940 die bis dahin selbständigen Staaten sowjetisiert.

Das Verlangen wurde erfüllt. An den beiden ersten Juni-Tagen versammelten sich im Rigaer „Haus der politischen Bildung“ der Vorstand des lettischen Schriftstellerverbandes und Abgesandte anderer Künstlerverbände: Architekten,

Designer, Regisseure, Komponisten, Schauspieler, Journalisten. Sie formulierten einhellig einen Brief an die Parteikonferenz der KPdSU, die diese Woche in Moskau zusammentritt – mit 88 verwegenen Thesen zur Reform Lettlands, das als „sozialistischer Staat“ Uno-Mitglied werden und eine eigene Olympia-Mannschaft haben soll.

Plötzlich trat Altkommunist Mavriks Vulfsons, 71, ans Pult. „Wir müssen lernen, der Wahrheit ins Auge zu sehen, mag sie auch manchmal schwer oder unerträglich sein“, gestand der Dozent an der Kunstakademie und „Verdiente Kulturschaffende der Sozialistischen Sowjetrepublik Lettland“. Dann las er den ersten Artikel des Geheimabkommens vor: „Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung“ sollten die drei baltischen Staaten in die „Interessensphäre“ der UdSSR fallen, die ihre Interessen „mit eigenen Vorhaben“ verwirklicht.

Vulfsons, der 1940 als Parteibeauftragter für die lettische Armee dabei gewesen war, schilderte die „Okkupation“ – nach einem Moskauer Ultimatum von siebeneinhalb Stunden marschierte die Rote Armee ein. Eine neue Regierung in Riga bildete flugs der Blutanwalt Stalins, Andrej Wyschinski, der „mitverantwortlich ist für die Vernichtung eines bedeutenden Teils der Garde Lenins“, so Vulfsons, dessen Rede die lettische Lehrerzeitung abdruckte.

Was nach dem Anschluß geschah, berichtete das estnische KP-Blatt „Hammer und Sichel“: Eine Woche vor dem deutschen Angriff auf die Sowjet-Union, am 14. Juni 1941, wurden 10 000 Esten, 15 000 Letten und 34 000 Litauer in Viehwagen nach Sibirien deportiert, wo die meisten starben. Unter den „antisowjetischen Elementen“ waren 3000 Kinder. „Rechtswidrig“ nannte vorige Woche der lettische Vizepremier Leonard Bartkevic den Vorgang: „Tausende von Familien wurden aufgrund der von Beamten aufgestellten Listen verbannt.“

Die Partei genehmigte dieses Jahr zum 14. Juni Kundgebungen in Riga, Tallinn und Wilna. Schlagzeile des estnischen Parteiorgans: „Man gedachte der Opfer des Stalinismus.“ Truppen standen vor den Städten bereit, für alle Fälle.

In Tallinn zeigten die Demonstranten die blau-schwarz-weiße Fahne des selbständigen Estland vor 1940 – ein Vergehen, das sonst mit zwei Jahren Haft geahndet wird. Die Polizei griff auch nicht ein, als sich drei Tage darauf 100 000 Esten auf dem Sängerplatz in Tallinn versammelten. Hohe Parteifunktionäre nahmen an der Kundgebung teil.



Lettischer Kommunist Vulfsons
„Der Wahrheit ins Auge sehen“

Auf dem Podium stand eine Pauke, auf die bei Applaus kräftig geschlagen wurde. Die Redner riefen nach „Ime“, was auf Deutsch auch „Wunder“ heißt, aber für „Isemanjandav Eesti“ steht: wirtschaftlich selbständiges Estland.

Das Sowjet-Bundesland mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen der Union vergleicht seinen Lebensstandard mit dem Finnlands (dessen Fernsehen in Estland empfangen wird): Bis 1940 waren beide Staaten „etwa gleich gut entwickelt“, stand im estnischen Parteijugend-Organ, „jetzt wird geschrieben, daß wir ungefähr 20 Jahre hinter den Finnen herhinken. Wie kann man binnen 40 Jahren so weit zurückbleiben?“

90 Prozent aller baltischen Wirtschaftsbetriebe sind den Behörden in Moskau unterstellt. Die liefern meist zu jeder Investition gleich die Arbeitskräfte mit – Russen und Ukrainer, die ein Drittel der Einwohner Estlands stellen (in Riga sind die Letten schon in der Minderheit). Amtssprache ist Russisch.

Vier Experten haben deshalb vorgeschlagen, Estland zur marktorientierten „Wirtschaftlichen Sonderzone“ zu erklären, mit einer Zollgrenze zur übrigen UdSSR. Im Fernsehen wünschte sich Kommentator Juchkan Aare seine Landsleute als „bevollmächtigte Herren über den Reichtum, der auf ihrem Territorium produziert wird“.

Sie möchten überhaupt Herren im Haus sein. Die estnischen Parteikonferenz-Delegierten fuhrten mit dem Auftrag nach Moskau, bis 1991 die wirtschaftliche Autonomie zu erreichen, dazu eine estnische Staatsangehörigkeit

und Staatssprache. Stalins Deportationen sollen als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ verurteilt werden.

Hinter diesem Programm steht „das ganze Volk“, erklärte der neue estnische Parteichef Vaino Väljas (vorher Sowjetbotschafter in Nicaragua). Daran habe auch jene „Volksfront in Estland“ mitgearbeitet, deren Gründung die Partei im April genehmigt hatte, um den Volkszorn zu kanalisieren und kaukasischen Zuständen vorzubeugen.

Das KP-Organ am Ort druckte das Volksfront-Manifest: für Gorbatschows Reformkurs, gegen „stalinistische, konservative Standpunkte“, für Estlands politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit. Der Vereinigung haben sich bereits 40 000 Esten angeschlossen.

Ihre Organisatoren möchten neue Gesetze vorschlagen, für Volksabstimmungen werben und bei Kommunal- und Landeswahlen eigene Kandidaten aufstellen – ganz wie eine Partei. Zur Gründung solcher Volksfronten überall in der UdSSR als Massenbasis der Perestroika gegen die Bürokratie hatten zwei russische Reform-Protagonisten aufgerufen, die kein Delegierten-Mandat für die Moskauer Parteikonferenz erhalten haben: die Soziologin Tatjana Saslawskaja und der Politologe Fjodor Burlazki.

Lokale Volksfrontorganisationen gibt es, noch ohne Lizenz, auch schon in Moskau, Leningrad, Jaroslawl, Kiew und Riga. Das mächtige Karabach-Komitee „Kranich“ in Armenien wurde verboten, arbeitet aber weiter.

Die nichtrussischen Nationalitäten haben Lenin auf ihrer Seite. „Eine Festlegung der Staatsgrenzen gegen den Willen der Bevölkerung“ sei eine „Verletzung der Selbstbestimmung der Nationen“, schrieb 1916 der Revolutionär. Das könne man nicht mißachten, „wie

GOLFKRIEG

Schotten dicht

Der Iran hat Amerikas Flotte im Golf nicht mehr viel entgegensetzen.

Manchmal wundert sich selbst Erik van Oosten, Manager des holländischen Bergungsunternehmens Wijsmuller in IJmuiden, was der Star seiner Flotte schon über die Weltmeere bewegt hat.

Vor kurzem erst schleppte die 22 400 Tonnen große „Mighty Servant 2“ ein schwimmendes Luxushotel von Singapur zum Großen Barriereriff vor der Ostküste Australiens – huckepack auf dem 5200 Quadratmeter großen Deck des Schwertransporters.

Die „Mighty Servant 2“, ursprünglich zum Transport von Bohrinseln gebaut, ist eine Art schwimmendes Dock, das mit Hilfe großer Ballasttanks zehn Me-